

Terrorismus(bekämpfung) in Westafrika

KONFERENZ DES REGIONALPROGRAMMS POLITISCHER DIALOG IN WESTAFRIKA (PDWA) VOM 25.-27. APRIL 2013 IN NIAMEY (NIGER)

Vom 25. bis 27. April 2013 trafen sich 50 Militärangehörige, Parlamentarier und Sicherheitsexperten aus dem westlichen Afrika und Europa in Niamey (Niger) auf der jährlichen Regionalkonferenz des Regionalprogramms „Politischer Dialog in Westafrika“ (PDWA), um sich über das Thema „Terrorismus(bekämpfung) in Westafrika“ auszutauschen. Als Gastgeberland der Konferenz und Knotenpunkt zwischen dem westlichen und dem östlichen Sahel ist die Republik Niger ein lehrreiches Beispiel: zum einen für die Bedrohungen, die die Region zunehmend destabilisieren, zum anderen für die Bemühungen, die im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität unternommen werden.

Die Sahelzone – vom blinden Fleck zum Zentrum der Weltöffentlichkeit

Die Sahelzone ist als Bindeglied zwischen dem Maghreb und West- bzw. Ostafrika seit Jahrhunderten ein Gebiet vielfältigster Interaktionen zwischen diversen Volksgruppen. Dabei bot der sich über 6000 Kilometer von Dakar (Senegal) über das Tschadbecken bis zum Roten Meer (Eritrea) erstreckende semiaride Gürtel schon immer viel Krisen- und Konfliktpotential. Dazu gehören die Konkurrenz von nomadisch und sesshaft lebenden Ethnien und das lebensfeindliche Klima, das wiederholt zu verheerenden Hungerkatastrophen führte. Trotz des großen Reichtums des Sahels an Bodenschätzen (Uran, Edelmetalle, Erdöl) leben weite Bevölkerungsteile in extremer Armut. Immer wieder eskalieren Rivalitäten zwischen Sahel- und Anrainerstaaten. Der

Sahel ist *der* Transitraum für (illegale) Immigration gen Norden. Das riesige, kaum kontrollierbare Gebiet durchziehen zahlreiche historisch gewachsene Schmuggelrouten. In Teilen der Region zeichnet sich eine Radikalisierung des Islams ab.

Derweil entsprach das Interesse der EU und der USA an der Sahelzone nicht immer deren geografischer Nähe zu Europa, den vielfältigen Verflechtungen mit dem globalen Norden und der Bedeutung des Sahels für die internationale Energiesicherheit. So äußerten die Teilnehmer der Konferenz ihr Bedauern über den aus ihrer Perspektive deutlichen Mangel an Aufmerksamkeit an den besorgniserregenden Entwicklungen in der Region. Erst spät, nach 2001, rückte die Sahelzone als potentieller Hort der Instabilität langsam in das Gesichtsfeld der USA und der EU. Mit der Mali-Krise ist die Region nun endgültig zum Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit geworden. Ein wesentlicher Destabilisierungsfaktor, der durch die Geschehnisse in Mali offenbar geworden ist, ist der rasante Anstieg terroristischer und extremistischer Aktivitäten insbesondere im westlichen Sahel.

Westafrikanischer Nährboden für den Terrorismus

Der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, definierte Terrorismus in seiner Madrider Rede von 2005 als Gesamtheit „aller der Handlungen, die die Absicht haben, den Tod oder die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**POLITISCHER DIALOG
WESTAFRIKA**

ELKE ERLECKE
FRANZISKA PORST

Mai 2013

schweren Verletzungen von Zivilisten und Nicht-Kombattanten herbeizuführen, mit dem Ziel, die Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung bzw. eine internationale Organisation zu einer Aktion zu zwingen oder sie zu unterlassen.“¹ In Abgrenzung dazu wird gewalttätiger Extremismus als das Zusammenwirken von körperlicher Gewalt und Vorgehen gegen Normen und Werte in Form unvorhergesehener Angriffe definiert. Terrorismus geht über diesen hinaus, insofern er das psychologische Moment der Einschüchterung der Bevölkerung als Taktik einsetzt. Die aktuelle Diskussion über Phänomen und Wirkungsweise des Terrorismus, die von Oberst Mohamadou Barazé, Chef des Generalstabs im Niger, und Auguste Denise Barry, ehemaliger Minister für Sicherheit in Burkina Faso, vorgestellt wurde, unterscheidet zwischen nationalem, internationalem und transnationalem Terrorismus, wobei in der aktuellen Krise im Sahel vor allem letzterer zum Tragen kommt. Die funktionale Verbindung organisierter Kriminalität mit Terrorismus, wie sie seit längerem im Sahelraum der Fall ist, führt langfristig zu einer anhaltenden Destabilisierung der innen- und außenpolitischen Lage und zu einer „société incivile“.

Erstarkt sei der Terrorismus in Westafrika und dem Sahel aufgrund struktureller Defizite, so Oberst Adama Dembele, stellvertretender Generalstabschef aus Mali. Fragile Staatlichkeit, schwache Institutionen, autokratische Herrschaftspraktiken und endemische Korruption hätten zu einem Klima der Rechts- und Straflosigkeit in einigen Teilen der Region geführt. Soziale Ungleichheit, extreme Armut und hohe Jugendarbeitslosigkeit bildeten einen idealen Nährboden für die Rekrutierungsaktivitäten terroristischer Gruppierungen. Der hohe

Bevölkerungsanteil von Jugendlichen – ansonsten ein Trumpf für die Entwicklung der Sahelstaaten – schlage in diesem Fall in sein Gegenteil um. Ein kaum kontrollierbarer Austausch von Gütern und Informationen – zusätzlich verstärkt durch moderne Kommunikationstechnologien und erhöhte Mobilität – erleichtere die Aktivitäten terroristischer Vereinigungen in der Sahelzone enorm. Zudem stelle Westafrika durch seine Mittellage zwischen Südamerika und Europa einen Transitraum für Drogenschmuggel dar, der neben dem Geschäft mit westlichen Geiseln eine wesentliche Einnahmequelle für terroristische Gruppierungen in der Region geworden sei.

Boko Haram – von der nigerianischen „Hausguerilla“ zum Schreckgespenst einer ganzen Region

Ein wesentlicher terroristischer Akteur in der Region ist die islamistische Sekte Boko Haram, die 2002 im Norden Nigerias gegründet wurde und seitdem insbesondere durch Bombenattentate auf christliche Kirchen, staatliche nigerianische Einrichtungen, aber auch auf Kritiker jedweder religiöser oder politischer Couleur auf sich aufmerksam gemacht hat. Der Name Boko Haram leitet sich aus der Sprache der Hausa, einer im Sahel weit verbreiteten Volksgruppe, ab und bedeutet so viel wie „Bücher in Lateinschrift sind Sünde“ oder auch „westliche Bildung verboten“.²

Der multiethnische und multireligiöse Staat Nigeria, der sich faktisch in einen christlichen Süden und einen muslimischen Norden teilt, hat seit der Demokratisierung 1999 mit zunehmender Islamisierung zu kämpfen. So wurde auf Bestreben islamischer Gruppen in Nordnigeria die Scharia eingeführt. Die Ablehnung westlicher Bildung unter nigerianischen Muslimen geht bis auf die Kolonialzeit

¹ Die Bezeichnung einzelner Akte als terroristischer kann auch ex post geschehen. So trägt Piraterie seit dem 17. Jahrhundert eindeutige Zeichen von Terrorismus (laut Einschätzung von Oberst Barazé).

² Der offizielle Name ist allerdings *Jama'atu ahli al-sunna li-da'awati wal-l-jihad* (Verband der Sunniten für die Einladung zum Islam und für den Dschihad).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLITISCHER DIALOG

WESTAFRIKA

ELKE ERLECKE

FRANZISKA PORST

Mai 2013

zurück. Noch heute weigern sich viele Nordnigerianer, ihre Kinder in staatliche Schulen zu schicken. Vor diesem Hintergrund ließ der muslimische Geistliche Mohammed Yussuf, bis zu seiner Festnahme und Tötung 2009 durch die nigerianische Armee Anführer von Boko Haram, 2002 in Maiduguri eine Koranschule errichten. Der Bedarf ist gegeben: Schätzungen zufolge gibt es in Nordnigeria mehr als 9,5 Millionen *Almajiris*, umherziehende Jugendliche, die traditionelle Koranschulen besuchen.

Der Fokus auf Bildung stellt ein Vehikel für die Sekte dar, um ihr übergeordnetes politisches Ziel – die Schaffung eines islamischen Staates – zu erreichen und Anhänger für ihren gewalttätigen Kampf zu rekrutieren. Insbesondere unter der Führung Yussufs, der dank seines Charismas und seiner organisatorischen Fähigkeiten eine große Anhängerschaft um sich versammelte, tat sich Boko Haram durch „karitative“ Tätigkeiten unter den Armen Nordnigerias hervor und ersetzte immer mehr der ohnehin defizitären staatlichen Einrichtungen. Die Tötung Yussufs verfehlte daher ihr Ziel: Anstatt die Rebellion zu beenden, führte sie zu einer weiteren Radikalisierung der Sekte und zur Verstärkung ihrer terroristischen Aktivitäten. Die postelektorale Gewalt im April 2011, während der Boko Haram unter dem Deckmantel religiöser Ideologie als Vertreter nordnigerianischer Interessen auftrat, scheint die Legitimität der Sekte in Nordnigeria noch weiter gestärkt zu haben.

Der Terror Boko Harams hat bis heute zum Tod von mehr als 2000 Menschen und zur nachhaltigen Destabilisierung der nigerianischen Politik und Wirtschaft geführt. Das Wirken der Sekte hat ein Klima der Angst und ein Trauma in der nigerianischen Gesellschaft ausgelöst. Trotz zahlreicher Gegenkampagnen der nigerianischen Sicherheitskräfte, die mit massiven, nicht juristisch verfolgten Menschenrechtsverletzungen und außergerichtlichen Tötungen einhergingen, sind große Teile des Landes der Kontrolle des Staates mittlerweile entglitten. Präsident Goodluck Jonathan, der im Kampf gegen Boko Haram recht hilflos wirkt, spekulierte zuletzt über eine Infiltration des

politischen Systems Nigerias durch die Terroristen und bot Boko Haram eine Amnestie an, die allerdings vom mutmaßlichen Anführer der Gruppierung, Abubakar Shekau, abgelehnt wurde.

Dennoch stellt ein nationaler Dialog mit den Hintermännern von Boko Haram nach Ansicht von Obadiah Mailafia, Kabinettschef der AKP-Gruppe in Brüssel und Boko-Haram-Experte, den einzig erfolgversprechenden Ausweg aus dieser Lage dar – umso mehr, als Prinzip, Denken und Methode der Sekte der westafrikanischen Kultur völlig entgegenstünden. Immer wieder wurde über die Frage gerätselt, inwieweit Boko Haram internationalisiert ist: Lange als nigerianische „Hausguerilla“ abgetan, hat sich mittlerweile immer mehr die Ansicht durchgesetzt, dass die Sekte – zumindest über ihre Splittergruppe Ansaru – über beste Beziehungen zu AQIM (Al-Qaida im Islamischen Maghreb) verfügt. Die Finanzierung Boko Harams wird und wurde in weiten Teilen durch ausländische Geldgeber gesichert: Zu den Geldgebern zählte der libysche Staatschef Muammar Ghaddafi; heutzutage wird vermutet, dass u.a. der Iran die Terrororganisation finanziert. Diese Verstrickungen und die Radikalität des Vorgehens von Boko Haram machten ein grenzüberschreitendes Handeln nötig – insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass ein Zusammenbruch Nigerias eine Katastrophe für die ganze Region darstellen würde.

Terrorismusbekämpfung in Westafrika: Initiativen und „lessons learnt“

Die nationale Ebene: Nigers „Strategie für Sicherheit und Entwicklung“

Mit dem Niger war einer der Staaten der Sahelzone Gastgeber der Konferenz, bei denen Sicherheitsfragen vor dem Hintergrund der aktuellen Lage eine wesentliche Rolle in der Entwicklungsstrategie des Landes spielen. Das Land wird regelmäßig von Nahrungskrisen und Dürreperioden heimgesucht; landwirtschaftliche Praktiken tragen oft den extremen Bedingungen keine Rechnung und eine hohe

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLITISCHER DIALOG

WESTAFRIKA

ELKE ERLECKE

FRANZISKA PORST

Mai 2013

Jugendarbeitslosigkeit führt zusätzlich zu erhöhter Migration. Derlei Bedingungen beeinträchtigen das soziale und ökologische Gleichgewicht und waren bereits mehrmals Auslöser für Rebellionen im Norden des Landes. Dazu kommen seit mehreren Jahren die Auswirkungen des Drogenhandels, der zunehmend von Gewalt begleitet wird. So setzt sich in der Region Tillabéry in Westniger zunehmend AQIM fest. Zu diesen ohnehin vorhandenen Unsicherheitsfaktoren treten die neue soziale Ungleichheit, befördert durch die seit Ende 2011 eingeleitete Erdölförderung, die langfristigen Auswirkungen der Unruhen in Libyen sowie die Aktivitäten von Boko Haram in der Region um Diffa im Südosten des Landes.

Zur Bewältigung dieser in gleicher Weise entwicklungs- und sicherheitspolitischer Herausforderungen hat Niger eine „Strategie für Sicherheit und Entwicklung“ erarbeitet. Diese besteht aus einem Bündel abgestimmter Maßnahmen, welche – fußend auf der engen Zusammenarbeit zwischen lokalen, internationalen und nationalen Akteuren – die Garantie der Sicherheit von Personen und Gütern zum Ziel haben, den Zugang der Bevölkerung zu Wirtschaftsgütern und sozialen Dienstleistungen garantieren, die lokale Verwaltung stärken und die Repatriierung der Heimkehrer aus Libyen, Algerien und der Elfenbeinküste befördern sollen. Auf dieser nationalen Basis, die eine intensive Kommunikation der Maßnahmen an die eigene Bevölkerung vorsieht, plant die Regierung zusätzlich einen verstärkten Austausch mit den Nachbarstaaten über zu ergreifende Sicherheitsmaßnahmen in der Region. Sicherheits- und Entwicklungspolitik werden so im Falle des Niger als voneinander abhängige Einheiten gedacht.

Die regionale Ebene: AU, ECOWAS, CENSAD und UFL

Der Erfolg des Terrorismus beruht auf der regionalen Integration, die er – im Gegensatz zu den regionalen staatlichen Akteuren – durchgesetzt hat. Der Stärke der terroristischen Vereinigungen konnte die Afrikanische Union (AU) bislang nicht mit

adäquaten Mitteln begegnen. Ihre Strategie und Planung ließen bisher Einheitlichkeit vermissen, die Mitgliedsstaaten konnten lange keinen Konsens in der Terrorismusbekämpfung herstellen. Nun aber hat das letzte Treffen der Staatschefs der Afrikanischen Union (AU) im Februar 2013 in Yamoussoukro (Elfenbeinküste) die Entwicklung einer Strategie zur Terrorismusbekämpfung zum Ergebnis gehabt, die auf der Konferenz von den Parlamentsabgeordneten Albadé Abouba und Idrissa Maidagi aus Niger dargestellt wurde. Diese beinhaltet den politischen Kampf gegen den Terrorismus, die nationale, regionale und kontinentale Abstimmung aller Kräfte sowie in allen Fällen die Beachtung des religiösen Extremismus als einen bedeutenden Faktor. Diese Vereinbarung, die auf die aktuelle Bedrohung der Sahelkrise reagiert, hat eine lange Vorgeschichte: In mehreren Schritten hatten sich die afrikanischen Organisationen bereits in den vergangenen Jahren zu der sich intensivierenden Terrorgefahr positioniert. So hatte die Organisation der Afrikanischen Staaten 1999 in Algier (Algerien) die Konvention zur Vermeidung und Bekämpfung von Terrorismus verabschiedet, nach der Terrorakte von den unterzeichnenden Staaten innerstaatlich als Straftaten geahndet werden³. Ergänzt wurde dieses Abkommen durch das Protokoll von 2001, in dem verstärkt auf das Erfordernis guter Regierungsführung als einer Bedingung von Sicherheit in der Region hingewiesen wurde. Sicherheit wird in dem Dokument bereits präventiv verstanden, der Zusammenhang mit staatlicher Entwicklung wird klar definiert.

Die ECOWAS (Economic Community of West African States, frz. CEDEAO) versuchte ihrerseits 2006 die zunehmende Verbreitung von leichten Waffen durch ein entsprechendes Protokoll zu unterbinden, in dem die Einsetzung von Kontrollgruppen

³ Jedoch wurde erst 2002 die notwendige Mindestzahl von 15 der 53 Staaten der Afrikanischen Union erreicht, die die Konvention ratifizieren müssen, damit diese wirksam werden kann.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**POLITISCHER DIALOG
WESTAFRIKA**

ELKE ERLECKE
FRANZISKA PORST

Mai 2013

vereinbart wurde. 2008 lieferte dann das Rahmenabkommen zur Konfliktprävention der ECOWAS Vorgaben für die Konfliktprävention in den beteiligten Staaten.

Die CENSAD (Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten) reagierte 2010 mit der Einrichtung des Gemeinsamen Operativen Komitees der Generalstäbe (CEMOC) auf das rasante Anwachsen von Terrorismus und organisierter Kriminalität in der Region⁴. Diese in Tamanrasset (Algerien) stationierte Einheit verbindet Streitkräfte aus Mali, Niger, Algerien und Mauretanien. Ursprünglich geplant war eine Stärke von 75000 Mann. Die Grenzen der Wirksamkeit dieser Einrichtung hat nach Aussage von Oberst Abdou Sidikou Issa und Oberst Ali Mahamadou aus Niger jedoch der Fall Mali aufgezeigt.

Die Bemühungen um die Lösung der Terrorismus-Frage in der Sahelzone werden seit 2010 und seit 2011 in verstärktem Maße – unter dem Einfluss des Auftretens von Boko Haram – koordiniert durch die Unité de Fusion et de Liaison (UFL). Ihre Aufgaben sind, die strategische Koordination und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit: die Mitgliedsländer Burkina Faso, Niger, Libyen, Mauretanien, Tschad und seit 2011 auch Nigeria versuchen, eine Kommunikationsstrategie gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen auszuarbeiten, welche den militärischen Einsatz flankieren soll. Bis 2012 war es aber trotz einer verbesserten Zusammenarbeit der beteiligten Staaten nur zu Aktionen mit begrenzter Wirksamkeit gekommen.

Letztlich bleibt die Zusammenarbeit der staatlichen Akteure in der Region bisher defizitär, sei es im Kontext der ECOWAS oder im Bereich der Zusammenarbeit in der Sahelregion. Es mangelt, so die einhellige

⁴ Von Anfang an war die Ausrichtung der CEMOC gegen AQIM eine Belastung des Unterfangens, da die GSPC, aus der AQMI hervorging, algerische Unterstützung genoss. Unbestritten war auch der antifranzösische Affekt der neu gegründeten Einheit.

Darstellung der Konferenzteilnehmer, nach wie vor am politischen Konsens der Staatschefs, die es vorziehen, das Problem auf unterschiedlichen Wegen anzugehen. Neben der mangelnden Bereitschaft, gemeinsame Ziele nicht nur zu verlautbaren, sondern auch anzustreben, übersteigen die materiellen und finanziellen Erfordernisse auch die entsprechenden Kapazitäten der beteiligten Staaten.

Die internationale Ebene: Die Sahel-Strategie der EU und die EUCAP-Mission

Im März 2011 hat die EU nach langem internen Ringen ihre „Strategie für Sicherheit und Entwicklung im Sahel“ verabschiedet, die den Konferenzteilnehmern von Jérôme Spinoza, Assistent des Koordinators der EU-Sahel-Strategie in Brüssel, vorgestellt wurde. Die Strategie soll als Referenztext für den relativ neuen Fokus der EU auf diese lange vernachlässigte Region dienen und stützt sich dabei auf den vernetzten bzw. umfassenden Ansatz (comprehensive approach). Dieser Ansatz basiert auf der Annahme, dass Sicherheit und Entwicklung untrennbar miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken können. Zudem setzt die Sahel-Strategie auf eine verbesserte regionale Vernetzung im Bereich Sicherheit und Entwicklung.

Die drei Zielländer der Sahel-Strategie sind Mali, Mauretanien und Niger, für die im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds insgesamt mehr als 660 Millionen € vorgesehen sind. Zusätzlich dazu hat die EU im Rahmen ihrer Sahel-Strategie weitere 167 Millionen € mobilisiert, die in vier Hauptinterventionsgebieten zum Einsatz kommen sollen:

1. Entwicklung, good governance und Konfliktresolution
2. Politischer und diplomatischer Dialog
3. Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit
4. Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung

In der praktischen Umsetzung der Sahel-Strategie liegt der Schwerpunkt bisher vor allem auf der Förderung von Projekten zum Capacity-building im Justizbereich. Damit soll eine bessere Strafverfolgung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**POLITISCHER DIALOG
WESTAFRIKA**

ELKE ERLECKE
FRANZISKA PORST

Mai 2013

extremistischer und terroristischer Aktivitäten gesichert werden. Die bisherigen Erfahrungswerte bei der Umsetzung der Sahel-Strategie zeigen laut Spinoza, dass eine entscheidende Hürde die Schwierigkeit ist, die richtigen Ansprechpartner in den Partnerländern zu finden. Niger hat sich dabei allerdings bisher als Musterschüler präsentiert, weil dort die Existenz der nationalen „Strategie für Sicherheit und Entwicklung“ Anschlussmöglichkeiten für die Sahel-Strategie der EU bietet.

So ist es wenig verwunderlich, dass die zivile Mission EUCAP Sahel, die der Rat der EU im Juli 2012 als wesentliches Element zur Operationalisierung der Sahel-Strategie gebilligt hat, in Niger angesiedelt wurde. Expliziter als bei bisherigen Missionen, die im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) durchgeführt wurden/werden, steht dabei der Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität im Fokus. Die Beratungs-, Trainings- und Monitoringprojekte von EUCAP Sahel, für die jährlich 8,7 Millionen € zur Verfügung stehen, zielen auf

1. die Unterstützung bei der Implementierung der nigrischen „Strategie für Sicherheit und Entwicklung“,
2. die Entwicklung einer regionalen und internationalen Koordination im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität,
3. die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit mittels einer Unterstützung strafrechtlicher Kapazitäten und entsprechender Trainingsprogramme und
4. die Stärkung der inneren Sicherheit durch Training der nigrischen Sicherheitskräfte (Gendarmerie, Garde Nationale und Police Nationale) ab.

Nach einem schwierigen Start ist EUCAP Sahel seit Anfang 2013 in der nigrischen Hauptstadt Niamey mit 49 internationalen Experten unter der Führung von Francisco Espinosa Navas präsent. Zudem bestehen Verbindungsbüros in Bamako (Mali) und Nouakchott (Mauretanien) mit drei bzw. einem Experten. Als problematisch erwies sich anfänglich auch hier laut Sébastien Bergéon, politischer Berater von EUCAP Sahel, auch die Identifikation von

passenden Partnern. Mittlerweile ist dieses Problem zwar gelöst; die Trainingsaktivitäten von EUCAP Sahel bleiben bisher allerdings noch auf Niamey beschränkt, was der prekären Sicherheitslage insbesondere im Grenzgebiet zu Nigeria und im Norden des Landes nicht gerecht wird. Ein weiteres Hindernis für eine effektive Umsetzung der Ziele der Mission ist die Tatsache, dass im Budget für 2013 keine Mittel für Ausrüstung vorgesehen waren. Damit vernachlässigt die zivile Mission bisher eines der zentralen Bedürfnisse der nigrischen Armee, die als gut ausgebildet, jedoch als schlecht ausgerüstet gilt. Dieses Manko soll laut Bergéon in der Planung für die kommenden Jahre zwar behoben werden, sorgt aber dafür, dass EUCAP Sahel aktuell eher als „Mission light“ wahrgenommen wird. Als weitere langfristige Herausforderungen führte Bergéon den Ausbau der regionalen Dimension von EUCAP Sahel, die Schaffung einer Plattform für strategischen Dialog zwischen der Mission und den nigrischen Sicherheitskräften sowie die Verbesserung der Kooperation zwischen EUCAP Sahel und internationalen Akteuren an.

Handlungsempfehlungen

Zum Abschluss der Konferenz formulierten deren Teilnehmer Handlungsempfehlungen, die sich an die Adresse der nationalen Regierungen sowie Parlamente sowie an die überregionalen Organisationen richten. Bei Maßnahmen gegen den Terrorismus sollten in erster Linie nicht militärische Kampagnen stehen. Vielmehr sollte der Kampf gegen den Terror in einem Verbund ökonomischer, politischer und diplomatischer Maßnahmen geführt werden. Zu ersteren gehört in vorderster Front die Austrocknung der Finanzierungsquellen der Terroristen. Politisch und diplomatisch müssten AQIM, Ansar Dine, Boko Haram etc. isoliert und ihre juristische Verfolgung endlich weltweit durchgesetzt werden.

In dem Maße, wie strukturelle Ursachen in der Sahelzone das Erstarken des Terrorismus begünstigen, müssten diese auch nachhaltig bekämpft werden. Auf strategischer Ebene erfordere der Kampf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLITISCHER DIALOG

WESTAFRIKA

ELKE ERLECKE

FRANZISKA PORST

Mai 2013

gegen den Terrorismus daher ein ganzheitliches Konzept, dessen wichtigster Pfeiler der konsequente Informationsaustausch zwischen den beteiligten Nationen ist. Dazu gehörten die Erstellung einer wirksamen Strategie zur Armutsbekämpfung, der Schutz der Menschenrechte, die Einrichtung eines interreligiösen Dialogs sowie die Sicherung der nationalen Grenzen und die Garantie der territorialen Integrität. Unabdingliches Element für das Gelingen aller dieser Maßnahmen sei die Schaffung einer stabilen Zivilgesellschaft.

Konsens bestand bei den Konferenzteilnehmern in Niamey hinsichtlich der Notwendigkeit, die militärischen Fähigkeiten der ECOWAS zu stärken. Dies beinhaltet sowohl praktische Aspekte wie Fragen von Transport und Logistik als auch die Frage einer langfristigen Prävention gegen den Terrorismus, die in der Einrichtung von Bildungs- und Informationszentren zum Thema Terrorismus bestehen könnten. Für eine verbesserte Wirkung der Antiterrormaßnahmen in der Region wäre zudem eine vertraglich geregelte Kooperation zwischen CEMOC und ECOWAS erforderlich, die durch Aktionen der UFL unterstützt würde. Auf diese Weise könnten abgestimmte militärische Aktionen, gegenseitiger technischer Beistand und die Begleitung durch ein ausgereiftes Kommunikationskonzept ineinandergreifen.

Der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus müsse oberste Priorität der regionalen und nationalen Politik in der Sahelregion haben – so das Fazit der Konferenz. Auch wenn die Unterstützung durch die Internationale Gemeinschaft, wie der Vereinten Nationen, der Europäischen Union (EU) in Form von EUCAP Sahel sowie der USA durch Africom, nach wie vor unerlässlich bleibt, entscheide doch letztlich der politische Wille der handelnden Staatschefs über das *Ob* der regionalen militärischen Kooperation – und damit langfristig auch über die Chancen, die Stabilität in der Region zu sichern.